Die Klimakonferenz in Kattowitz – Klimaspektakel zum Geldumverteilen! Wobei die Geber nicht gefragt werden, ob sie das wollen.

geschrieben von Admin | 13. Dezember 2018

Dieser Begriff bezeichnet die jährlich stattfindenden Großkonferenzen zum politischen Handling der Theorie des menschlich verursachten Klimawandels. Analoge Bezeichnungen sind „(Welt-)Klimagipfel“ oder „Vertragsstaatenkonferenz“. Es gibt kein vergleichbares Format einer internationalen politischen oder wirtschaftlichen Veranstaltung, das auf der Grundlage von Computersimulationen Einflussnahme anstrebt und gigantische Summen an Geld wird umverteilen können. „Klimapolitik verteilt das Weltvermögen neu“, sagte Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung schon vor Jahren.

Aus der Ursprungsveranstaltung, dem Umweltgipfel in Rio 1992, folgte ab 1995 als wiederkehrende Großveranstaltung zunächst in Berlin die mit „COP 1“ bezeichnete Klimakonferenz („Conference of the Parties“, Konferenz der Teilnehmerstaaten). Sauber durchnummeriert findet nun in Kattowitz Teil 24 statt.

Parallel etablierte sich seit 2005 ein mit „CMP“ bezeichnetes Tagungsformat („Meeting oft he Parties to the 1997 Kyoto Protocol“), das die Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls begründeten und das nun gemeinsam mit COP erfolgt.

Könnte man die Wichtigkeit und Beliebtheit von Konferenzen an Teilnehmerzahlen festmachen, wären COP und CMP konkurrenzlos in Führung. Bei den Teilnehmern handelt es sich nur zum Teil um aus einem demokratischen Prozess hervorgegangene Delegierte, sondern eher um Gesandte herrschender Potentaten, handverlesene Wissenschaftler und Vertreter von NGO`s, von denen vermutlich alle kommen dürfen, die der Lehre des AGW („anthropogenic climate change“ – menschengemachten Klimawandels) folgen und sich laut genug öffentlich äußern.

Alle machen mit

Versammelten sich in Rio 1992 etwa 15.000 Menschen, zog kurzfristig eine gewisse Bescheidenheit in Form nur vierstelliger Zahlen Beteiligter ein (Berlin 1999 bis Nairobi 2006). Schon in Kopenhagen 2009 versammelten sich 16.500 Leute, was das Scheitern dieser Konferenz begünstigt haben dürfte. Die Versammlungsleitung wird mit einem solch babylonischen Gewimmel zum Kunststück.

In Bonn 2017 kamen 25.000 Menschen zusammen. Deutschland sprang als Veranstalter für Fidschi ein, das nicht die Möglichkeiten zur Ausrichtung einer solchen Megaveranstaltung zu bieten hatte. Die Kosten dafür blieben, logisch, auch in Deutschland. Fidschi hatte die exklusive Möglichkeit, Schuldzuweisungen an die Industriestaaten auszusprechen und Geld zu fordern. Dass die Höhenlage der pazifischen Inseln eher von der Plattentektonik unter ihnen abhängig ist, als von lokal verschieden sich entwickelnden Meeresspiegelhöhen, ist unter Klimapolitikern auf der Suche nach schuldigen Menschen kein Thema.

Die Kosten für das Veranstalterland sind enorm. 2017 in Bonn waren 117 Millionen Euro fällig. Brasilien als vorgesehener Ausrichter 2019 hat inzwischen dankend abgelehnt.

In Kattowitz drängeln sich über 20.000 Teilnehmer, darunter 406 aus Guinea und 273 aus dem Kongo. Ob die Vollpension und das Tagegeld der UN eventuelle missbräuchliche Anwesenheit fördern, wurde noch nicht untersucht. Der ökologische Fußabdruck ihrer Anreise und ihres immerhin zwölftägigen Aufenthalts ist offenbar noch nicht berechnet worden, steht aber im Gegensatz zu allen Appellen für Verhaltensänderungen an die Bevölkerungen. Sind Megakonferenzen mit Vor-Ort-Präsenz im digitalen Zeitalter noch zeitgemäß? Nutznießer der Großkonferenzen sind die Teilnehmer, die zum Teil oder gänzlich von Klimapolitik leben und deren Existenzgrundlage entfiele, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse die Theorie vom AGW entschärfen würden.

Der Empfang mit einer Bergmannskapelle und die Eröffnungsrede von Präsident Duda dürfte bei einigen besonders progressiven Teilnehmern für Verunsicherung gesorgt haben. Ein Präsident verteidigt die Energiestrategie seines Landes mit dem Hinweis auf Wirtschaft und Wohlstand, anstelle in Selbstbezichtigung und Schuldzuweisungen zu verfallen. **„Kohle ist unser größter Schatz“** und er wolle es nicht zulassen, dass **„irgendjemand den polnischen Bergbau ermordet“**, so Duda weiter in seiner Rede. Verschreckt fielen zahlreiche Delegierte und wohl auch Journalisten auf den Boden der Realitäten eines Ausrichterlandes. Im Gegensatz dazu wird die deutsche Umweltministerin visionär sein, wenn sie, wie vorgesehen, über ein deutsches Klimaschutzgesetz spricht, dass es noch gar nicht gibt. Vielleicht formuliert sie mit dem Blick auf Gelbe Westen nochmal um.

Der Erfolg der Konferenzarbeiten ist schwierig zu bewerten. Nach einer Stagnation der weltweiten CO_2-Emissionen 2014-2016, die wohl einer chinesischen Wachstumsdelle geschuldet war, bringen 2017 und 2018 Anstiege von 1,6 und vermutlich 2,7 Prozent mit sich. Wie hoch der Anstieg ohne Klimakonferenzen gewesen wäre, ist natürlich nicht zu ermitteln. Ob eine Konferenz wie in Kopenhagen 2009 scheitert oder wie in Paris 2015 als Erfolg gefeiert wird, ist bei Betrachtung des Trends unwesentlich. Entscheidend sind die Wirtschaftsdaten der großen Staaten und, von Klimapolitikern ignoriert, das Wachstum der Weltbevölkerung.

Herr Ober, die Rechnung bitte!

Da die Anstrengungen Deutschlands nicht zu den erwarteten CO_2-Einsparungen führten, mithin der selbstverliehene Titel des „Vorreiters“ nicht mehr zu halten ist, nimmt unser Land nun die Rolle des Vorreiters bei der „Klimafinanzierung“ ein. Ohne erkennbaren äußeren Druck werfen Umweltministerin Schulze und Entwicklungsminister Müller zum Start der Kattowitzer Konferenz schon mal 1,5 Milliarden Euro deutsches Steuergeld in den Ring. Selbstverfehlte Emissionsziele führen zu schlechtem Gewissen, das man mit erhöhtem Einsatz am globalen Ablasshandel beruhigt. Der „Green Climate Fund“ verfügt zurzeit über rund 7,3 Milliarden Dollar und fördert bereits 93 Projekte, für weitere fehlt ab Mitte 2019 das Geld. Bei der „Wiederauffüllung“ des Fonds ist Deutschland diesmal wirklich Vorreiter, weil Erster bei einer konkreten Zusage. Die Weltbank will bis 2025 mit 200 Milliarden Dollar (!) helfen, aber wohl kein Geld verschenken, sondern verleihen.

Die Vermutung, das Geld käme nur für Projekte in den bedürftigsten Ländern zum Einsatz, trifft allerdings nicht zu. In der vergangenen Sitzung des Verwaltungsrates des Klimafonds ging es auch um einen Antrag aus Bahrein, dem Emirat, das auf der Liste der reichsten Länder auf Platz 15 rangiert und ein Pro-Kopf-Einkommen von 43.000 Dollar aufweist. Verlangt wurde Förderung für ein Projekt zur Sicherung der Wasserversorgung. Letzten Endes wurden nur 20 Prozent der Antragssumme bewilligt, schlappe zwei Millionen Dollar, mitfinanziert aus Deutschland (36.000 Dollar pro Kopf). So zieht ein reiches Emirat Geld aus dem Klimafonds und denkt nicht daran, aus seinem Geschäftsmodell Ölförderung auszusteigen. China bekommt Geld, obwohl es als Hochtechnologieland, Raumfahrtnation und ausgestattet mit den höchsten Devisenreserven der Welt, erst ab 2030 seine Emissionen senken will. Auch Venezuela fordert Geld. Das ehemals vermögende Land, das seine Erdölindustrie in staatsplanerischer Manier vor die Wand fuhr, ruft nun unter dem Vorwand des Klimaschutzes nach Geld zum Überleben. Die Bundesregierung, die mit zwei Personen im Verwaltungsrat vertreten ist, will künftig „besser aufpassen“.

Klimapolitik ist harte Interessenpolitik, nur in Deutschland eine hochmoralische Kategorie. Nach Beschluss der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 sollen ab 2020 über den Green Climate Fund jährlich 100 Milliarden Dollar umverteilt werden, mit steigender Tendenz. Da sich Trump als Egoist aus dem Kreis der Geberländer verabschiedete, müssen andere mehr zahlen. Immerhin kamen vom Yankee drei Milliarden Dollar, bei einem Gesamtvolumen von 9,3 Milliarden in 2014. Künftig müssen das die anderen Geberländer ausgleichen, wobei für Deutschland ursprünglich etwa 10 Prozent, also 10 Milliarden Dollar vorgesehen waren. Das wird künftig nicht mehr reichen. Nach dem Rückzug der USA und dem Brexit, nach dem der Beitrag des Königreichs ungewiss sein dürfte, zahlen nur noch Japan, Kanada und Australien sowie eine kleine Anzahl Länder mit geringen Beträgen ein. Die Türkei, sonst bedacht darauf, am Tisch der

Industrieländer zu sitzen, forderte schon in Paris ihren Platz unter den Nehmerländern ein.

Wahrscheinliche Genauigkeit

Ziel aller Bemühungen ist eine Begrenzung der globalen Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter. Gegriffen wird dabei willkürlich der Zeitpunkt vor 150 Jahren. Wie die globale Temperatur damals gemessen wurde, ist fragwürdig. Für die Feststellung von Temperaturdifferenzen könnte man nur die gleichen Messstellen heranziehen. Auf eine Hörerfrage, welche Temperatur die Grundlage des 1,5-Grad-Ziels sei, antwortete der Deutschlandfunk nach einem Beitrag zu diesem Thema einem Hörer wie folgt:

> *„Eine exakte Angabe für die absolute globale Mitteltemperatur gibt es nicht. Klimaforscher arbeiten hier mit einer Temperaturspanne als bester Schätzung, deren Validierung/Eingrenzung auch immer noch Gegenstand der Forschung ist. Das ist auch nachvollziehbar, da es damals noch kein so dichtes Messnetz und keine so umfassenden Temperaturaufzeichnungen gab.“ (**Anmerkung der Redaktion** Man sehe die ebenso merkwürdigen Aussagen von PIK Professor Anders Levermann und Kommentare dazu hier)*

Auf der Grundlage so ermittelter Temperaturdifferenzen sollen nun einschneidende weltpolitische Maßnahmen folgen, bis hin zur Schellnhuberschen „Großen Transformation“. Politische Wissenschaftler „errechnen“ auf Basis wahrscheinlichkeitsbehafteter Schätzungen CO_2-Budgets, die die Menschheit vermeintlich noch emittieren darf. Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels seien noch 420 Gigatonnen „erlaubt“, zur Erreichung des 2-Grad-Ziels noch 1.070 Gigatonnen. Das reicht für neun beziehungsweise 24 Jahre, es gibt dazu auch abweichende Angaben.

Da absehbar der Reduktionspfad durch globales Abschalten, Zu-Fuß-Gehen und Salatessen nicht erreichbar scheint, kommen verstärkt nach dem Prinzip Hoffnung negative Emissionen ins Spiel, die man erreicht, wenn man der Atmosphäre CO_2wieder entzieht. Zwar ist vollkommen unklar, welche Technologie in welcher Größenordnung zu welchen Kosten zur Verfügung stehen wird, aber hier folgt man offenbar dem deutschen System, erst mal Ziele nach dem Prinzip Hoffnung zu formulieren.

Unterdessen schrieb das IPCC in einem Sonderbericht, das 1,5-Grad-Ziel sei noch erreichbar, wenn die Weltwirtschaft „schnell und weitgehend“ klimafreundlich umgebaut würde. Das interpretierten deutsche Qualitätsmedien als weiteren Aufruf zu schnelleren Abschaltungen böser Kohlekraftwerke. In üblicher selektiver Berichterstattung erwähnten sie einen wichtigen Aspekt des Sonderberichts nicht. Das IPCC geht für

diesen Prognosepfad von einem erheblichen Ausbau der globalen Kernkraftkapazitäten aus.

Seit Jahren trommeln Medien, es sei für die Erderwärmung „fünf vor zwölf“. BILD erklärte seinerzeit das Jahr 2013 als „Kippjahr“, nach dem wir nicht mehr zu retten seien. Im Sonderbericht des IPCC sind plötzlich weitere 300 Gigatonnen CO_2-Budget gefunden worden, somit ist es wieder „fünf vor zwölf“.

Meine Prognose:

Es bleibt immer „fünf vor zwölf“. Im anderen Fall wäre nicht mehr CO_2-Vermeidung, sondern Anpassung an Klimawandelfolgen erstes Thema. Das würde den Geldzufluss für die politischen Klimawissenschaften mindern und der Subventionswirtschaft der Ökoindustrien den Treibstoff entziehen.

Die Konferenzen werden fortgesetzt. Die Bergmannskapellen werden weiterspielen.